

Die Rentner klagen an!

Deutschnationale Volkspartei

Wenigstens den vielen früheren Versprechungen wurde zu-
legt auf der Bundesversammlung des Deutschen Rentner-
bundes am 11. November 1927 in Berlin von Dr.
Schneider-Thüringens folgende Erklärung abgegeben:

Ich begrüße es ganz außerordentlich, daß von Seiten
der demokratischen Reichstagsfraktion ein Gesetz-
entwurf eingebracht worden ist... Es ist gerade bei
meiner Fraktion immer wieder an dieser Frage gerührt
worden. Ich glaube nicht wieder an haben, daß
durch den dauernden Druck der von unserer Seite aus-
geht worden ist, die Stimmung inzwischen sehr viel
günstiger geworden ist... Wenn wir den Kleinrentnern
helfen wollen, wird uns immer entgegengehalten, daß
das, was wir den Kleinrentnern geben wollen, auch den
Sozialrentnern zugute kommen müßte, was ich jedoch be-
streite... Das Rentnerverordnungs-Gesetz muß ein sozia-
les Korrektiv zu den Aufwertungs-Gesetzen darstellen.
Damit ist es am besten zu begründen. Damit erfüllt auf
jeder Vergleich der Kleinrentner mit den Sozialrentnern.
Bezüglich der Deckungsfrage muß man mit aller Schärfe
verfahren, daß für die Beibehaltung der Renten der Be-
amten das Reich 1,5 Milliarden zur Verfügung gestellt
hat und für die Kapitalrentner bis jetzt nichts. Darum
werden wir alles daran setzen, um an der Grundlage
des demokratischen Entwurfs weiter zu arbeiten, damit
den Rentnern ein Rechtsanspruch gewährt wird und das
Reich die Mittel dafür übernehmen muß. Nach dieser
Richtung hin werden wir arbeiten und unseren ganzen
Einfluß einsetzen. Ich hoffe, daß wir auf diese Weise,
nachdem wir jahrelang vorgearbeitet haben und auch in-
zwischen die Stimmung für eine energiegelbe Regelung
besser geworden ist, die beherrschende Beschäftigung der
alten Rentner nun endlich erreichen... Dies ist die
Stellung meiner Fraktion. Ich wiederhole nochmals, daß
meine Partei als die stärkste Regierungspartei alles tun
wird, um dieses Gesetz in ihrem Sinne zu regeln.

Frau Paula Mueller-Dittrich erklärte auf der
Bundesversammlung:

Nach ich habe auf dem Standpunkt, daß unsere
ganze Arbeit dahin gerichtet werden muß, den Rentnern
einen Rechtsanspruch zu verschaffen, um sie aus den de-
mütigenden Verhältnissen herauszunehmen... Ich kann
es nicht mehr vertragen, in dieser Stunde meiner Freude
darüber Ausdruck zu geben, daß auch von solchen Par-
teien, die früher Schwierigkeiten sahen (Nim. gemeint
sind wohl das Zentrum und die bayerische Volkspartei)
jetzt der gute Wille ganz besonders betont wird...
Wir hoffen, daß, wo anscheinend auf allen Seiten der
beste Wille vorhanden ist, das Rentnerverordnungs-Gesetz
nunmehr Wirklichkeit werden möge. Doch müssen wir die
Taten abwarten. Ich möchte nochmals unterstreichen, daß
wir das Rentnerverordnungs-Gesetz nicht als eine starke Verbesse-
rung der Fürsorge ansehen dürfen (vergl. die Ziel-
angabe der Rednerin zu dem 25-Millionen-Ange-
bot). Wir wollen nun hoffen, daß die Parteien wirklich
das halten, was sie versprochen haben.

Wenigstens äußerte sie sich in Nr. 544 der „Neuen Preuss.
Kreuzzeitung“ vom 18. November 1927 und teilte dem
Herrn 1. Bundesvorsitzenden in einem Schreiben unter
anderem folgendes mit:

Wenn die Beratung der Beratungen über den
demokratischen Antrag auf Einbringung eines Rentner-
verordnungs-Gesetzes beschlossen worden ist, so liegt der
Grund einfach darin, daß im Augenblick gesetzgeberisch
unter den obwaltenden parlamentarischen Verhältnissen
nicht mehr zu erreichen war, noch anderen in dem Ein-
spruch des Repräsentationsorgans.

Wir bebauern diese parlamentarische Notwendigkeit,
wir haben aber die begründete Hoffnung, für die In-
teressen der Kleinrentner innerhalb der Etatberatungen
— für die eine Vorlage der Reichsregierung verprochen
worden ist — mehr zu erreichen, als unter den jetzt
gegebenen Verhältnissen möglich ist.

Wir werden nicht aufhören, alles zu tun, um zu
dem Ziel der Schaffung eines Rentnerverordnungs-
gesetzes zu gelangen, das den Kapital- und Fürsorgeent-
werten einen Rechtsanspruch gegen das Reich gewährt.

Am 14. September 1927 lehnte die Deutschnationale
Partei es im Reichsterrat ab, das Rentnerverordnungs-
gesetz bereits in der Zwischenberatung des Reichstages zu
verhandeln. Nachdem diese Ablehnung bekannt geworden
war, stimmte man dann allerdings doch dafür, das Gesetz
durch das Plenum dem sozialpolitischen Ausschuss überweisen
zu lassen, jedoch unter der Voraussetzung, daß eine Debatte
im Plenum nicht stattfinden dürfte.

Nach mehrfacher Beratung schlossen sich die deut-
snationalen Vertreter im sozialpolitischen Ausschuss am 24.
November 1927 dem Antrag des Reichsarbeitsministers
an, welcher forderte, die Angelegenheit bis zu den Etat-
beratungen, also bis zum kommenden Frühjahr, zu ver-
zögern. Aber auch der weitere demokratische An-
trag, das Gesetz wenigstens weiter im einzelnen zu be-
raten, um dem späteren Einwand, daß die Verabschie-
dung des Gesetzes im Zusammenhang mit den Etatbera-
tungen mangels ungenügender Vorbereitung nicht möglich
sei, zu begegnen, wurde von den Deutschnationalen ab-
gelehnt.

Am übrigen scheint man sich innerhalb der Fraktion
weder über diese noch über andere Fragen einig zu sein.
Es scheinen in Bezug auf die Rentnerverordnungs-
gesetze zu bestehen, wie z. B. in der Aufwertungsfrage
zwischen den Herren Herz und Bagille. Frau Paula
Mueller-Dittrich hat also durchaus keinen Anlaß, ihrer
großen Freude darüber in der November-Nummer der
Deutschnationalen Frauenzeitung Ausdruck zu geben, daß
die Deutschnationalen in sich gespalten und uneinig sei,
was den Tatsachen durchaus nicht entspricht. Am übrigen
kann man sich über die Uneinigkeit einer Organisation
doch auch nur dann freuen, wenn man andere Ziele als

diese verfolgt. Allerdings fordert der Rentnerbund Ver-
sicherung auf reichsweiter Grundlage, die deutsnatio-
naler Partei dagegen hat wiederholt, insbesondere anlässlich der
betonten 25-Millionen-Einstellung des Reichstages vom
4. April 1927 dafür gestimmt, daß die Rentner weiter
in der Fürsorge verbleiben sollten. Sie versuchte dies
dadurch schmacht zu machen, daß einige schönfärbende
Verbesseungen in der Fürsorge für die Rentner auf dem
Papier durchgeführt werden sollten, aber praktisch wirk-
ungslos bleiben müßten, weil man ja die bisherigen ge-
setzlichen Bestimmungen nicht änderte, sondern den Ge-
meinden nur anheim gestellt wurde, gewisse Verbesserungen
gegen Bezahlung durch das Reich durchzuführen. Bestim-
mend ist, daß die Rentner in der Fürsorge belassen wurden.

Angeklagt ist im sozialpolitischen Ausschuss von deut-
snationaler Seite erklärt worden, die Fraktion habe für
die Rentner niemals einen Rechtsanspruch auf Für-
sorge, sondern stets nur einen solchen auf eine Verbesse-
rung erreichen wollen. Diese Erklärung soll abgegeben worden
sein, nachdem von einigen Rednern darauf hingewiesen
war, daß die Deutschnationalen ja schon vor fast 1 1/2 Jahren
„agitorische Anträge“ zu Gunsten der Rentnerverord-
nung gestellt hätten, deren sie sich ja selbst rühmten (ver-
gleiche „Greifswalder Zeitung“ vom 23. 11. 1927), so
daß sie in der Zwischenzeit die Deckungsfrage ausreichend

hätte prüfen können. Sie können also jetzt nicht ihre
Ablehnung mit der Ungelährtheit der Finanzierung be-
gründen.

Diese Darstellung entnehmen wir dem Organ der
Deutschen Rentnerbundes. Es beurteilt die Deutschna-
tionale Volkspartei wie sie sich in Wirklichkeit
benimmt, unaufrichtig nach jeder Richtung. Das es
sagt alles!

Die japanischen Wahlen

Die Reichstagswahlen in Japan, die am 20. Februar,
vorgangenen wurden, haben, wie die jetzt vorliegenden Ge-
gebnisse erkennen lassen, ein ziemlich gleichgültiges
Ergebnis gebracht. Zum ersten Male hat diesmal auch die
Landarbeiterpartei mitgewählt, und zum ersten Male
haben acht Vertreter der Arbeiterparteien in das Parla-
ment eingeht. Sie sind berufen, dort eine wichtige Rolle zu
spielen, denn die Entscheidung, nach welcher Seite sie hin-
wenden werden, wird den Ausschlag geben für die Mehr-
heit der Agrarpartei (Seiyukai) oder der Handels- und
Industriepartei (Minseitō). Diese beiden alten Parteien
stehen einander mit fast gleicher Überlegenheit gegen-
über. Neben der Arbeiterpartei gibt es noch eine Reihe von
kleinere Gruppen, die zusammen 22 Sitze haben. Die
bisherige Regierungspartei der Seiyukai wird wahr-
scheinlich versuchen, durch Veranziehung dieser kleineren
Gruppen auch weite hin die Mehrheit für sich zu sichern. Geben
hat die bisherige Regierung noch keinerlei Rücksichten
nehmen lassen.

Sabotage der Auflösung der Gutsbezirke?

Von Heinrich Cramer,

Hauptvorsitzender des Gewerkevereins der deutschen Landarbeiter

Durch Gesetz vom 27. 12. 1927 sind die in Preußen
bestehenden Gutsbezirke aufgelöst worden. Sie sind ent-
weder mit Landgemeinden oder Stadtgemeinden zu ver-
einigen oder mit anderen Gutsbezirken zu einer neuen
Stadt- oder Landgemeinde zusammenzulegen oder
allein für sich im Ganzen oder in Teilen in Land-
gemeinden oder Stadtgemeinden umzuwandeln.

Jwar will der Gesetzgeber, daß darüber, welche dieser
drei Arten im Einzelfalle in Frage kommt, das Staats-
ministerium beschließt. In der ersten Annahme des Innen-
ministeriums zur Ausführung des Gesetzes ist jedoch gesagt,
daß die Vorschläge der Kreisaußschüsse für die Auf-
lösung der Gutsbezirke dem Staatsministeriums bilden sollen.
Für die rechtzeitige und lückenlose Durchführung sind die
Oberpräsidenten verantwortlich gemacht worden. Ferner ist
der Regierungspräsident dafür verantwortlich gemacht
worden, daß die Auflösung in seinem Regierungsbezirk nach
einheitlichen Gesichtspunkten geschieht.

Man darf gespannt bleiben, wie diese Rechnung auf-
gehen wird. Die Fehlerquellen sind nach der Fassung des
Gesetzes und der Ausführungsanweisung des Innenminis-
ters auf den ersten Blick ersichtlich. Daß die drei Arten der
Auflösung gleichberechtigt nebeneinander bestehen, birgt die
Gefahr grundrätlich verschiedener Behandlung des gleich-
liegenden Problems, von vornherein in sich. Wir werden
es erleben, daß in dem einen Regierungsbezirk, an dessen
Spitze ein Anhänger der alten Gutsbezirkstheorie steht,
die alten selbständigen Gutsbezirke in den neuen Wandel selb-
ständiger Gutsbezirke ihre frühere Aufrechterhaltung fort-
während in den anderen, der von einem fort-
schrittlichen Regierungspräsidenten vertritt, die
Gutsbezirke in der Regel den benachbarten Bauern-
gemeinden angegliedert werden. Jwar wird man darauf hinweisen,
daß die Beteiligten gehört worden sind. Wer sind aber
die nach dem Gesetz anzusehenden Beteiligten? Auf der
einen Seite die bisherigen Gutsbesitzer, d. h. die Guts-
besitzer, die grundrätlich auf dem Standpunkt stehen werden,
daß sie sich nicht in die Karten quaden und in ihr altes
Selbstherrschertum hineintreten und daher alles beim Alten
lassen wollen, während die auf der anderen Seite Beteiligten die
Bauerngemeinden, im allgemeinen wenig kult. zeigen, die
Gutsbezirke mit ihren Verhältnissen in ihren Gemein-
schaftlichen und sozialen Verhältnissen in ihrem Standpunkt
aufzunehmen, was man ihnen von ihrem Standpunkt aus
auch nicht allzuehr verdienen kann. Die 1 1/2 Millionen
preussischer Volksgenossen aber, die in Gutsbezirken wohnen
und jetzt zum ersten Male am Rechte der kommunalen
Selbstverwaltung teilnehmen sollen, sind nicht gefragt wor-
den und konnten gemäß dem Willen des Gesetzgebers auch
nicht gefragt werden.

Es liegt aber klar zu Tage, daß auf den Willen
und die Interessen gerade dieser Ungelagerten bei der
Durchführung des Gesetzes in erster Linie Rücksicht ge-
nommen werden muß. Die Stellungnahme der Kreis-
ausschüsse wird in der wenigsten Fällen eine Korrektur der
Wichtigkeiten der betroffenen Gutsbesitzer und Gemein-
deverwaltungen herbeiführen, da der Wille der Mehrzahl der
Einwohner der Gutsbezirke in den meisten Fällen nur
durch eine Minderheit in den Kreisaußschüssen vertreten
ist und selbst da, wo die Linie allein Wohlfürer der
Großgrundbesitzer zum Trug sich einermöglichen hat behaupten
können, wie sich der in den Reichstagen angehörende Land-
rat das Jünglein an der Wage darstellt. Dieser wird sich
auf eigenem Antrieb kaum gegen die Interessen seiner
Landes- und Parteigenossen entlich haben, wenn nicht z. B.
der vorgelegten Ergebnisse ihm fargemacht wird, daß in
einer Gutsbezirke, in der das ganze Gemeindegebiet
einem einzelnen gehört, von einem gesellschaftlichen Gemein-
wesen keine Rede sein kann. Da seitens der Regierungs-
präsidenten und Oberpräsidenten die Aufstellung in den Land-
kreisen geltend gemacht wird, muß bei der augenblicklichen
Beziehung jener Regierungschefs und der Einstellung
münder Sachbearbeiter bewußt werden. Die Gefahr,
daß der zweifelsfreie Sinn des Gesetzes in den Kreisen
umgeben wird, ist daher sehr groß. Schon im Innen-
ministerium hat man die im Gesetz gegebene Reihenfolge der

Auflösungsmöglichkeiten umgekehrt, indem in der Ausfüh-
rungsanweisung vom 27. Dezember 1927 als erster Haupt-
fall die Umwandlung von Gutsbezirken in Gemeinden
als zweiter erst die Vereinigung von Gutsbezirken mit
Stadt- und Landgemeinden hingestellt wird. Es fällt schwer
hierbei an Zufall und nicht an Absicht zu glauben, wenn
man beobachtet kann, welche Wirkung diese Umkehrung
bereits hervorgerufen hat.

Kann bei einer Umwandlung eines bisherigen
Gutsbezirks in eine Gutsbezirke in der Gemeinde-
als zweiter erst die Vereinigung von Gutsbezirken mit
Stadt- und Landgemeinden hingestellt wird. Es fällt schwer
hierbei an Zufall und nicht an Absicht zu glauben, wenn
man beobachtet kann, welche Wirkung diese Umkehrung
bereits hervorgerufen hat.

Kann bei einer Umwandlung eines bisherigen
Gutsbezirks in eine Gutsbezirke in der Gemeinde-
als zweiter erst die Vereinigung von Gutsbezirken mit
Stadt- und Landgemeinden hingestellt wird. Es fällt schwer
hierbei an Zufall und nicht an Absicht zu glauben, wenn
man beobachtet kann, welche Wirkung diese Umkehrung
bereits hervorgerufen hat.

Das Gebiet des Großgrundbesitzes, also der bisherige
Gutsbezirke, frant an manchem Uebel, dem das neue Ge-
setzen soll, und zwar sollen nach einer weiteren Ausfüh-
rungsanweisung des Innenministeriums entgeltliche neue
Schulden geschaffen werden. Kennen der Zustände nicht
wenig schlecht es um die Verhältnisse in Ostpreußen,
namentlich der Alten und Kranken dort, ist, und wie die
Möglichkeit der Selbstverwaltung und des wirtschaftlichen
Aufstiegs fehlt. Es ist bedauerlich, daß die Bauern-
nicht sehen wollen, und die Zuteilung von Gutsbezirk
für ein Geschenk höchst zweifelhafter Art ansehen, was
den Augenblick richtig sein mag, für die Zukunft aber zu
stimmt. Kann jemand glauben, daß in der neuen Gemein-
de unabhängig Entscheidungen der neuen Gemein-
verteilung hinsichtlich der Inanspruchnahme der mittel-
wege des alten Gutsbezirks, Schaffung von menschenwür-
digen Unter- und Arbeitsmöglichkeiten für die Arbeiter, Ver-
besserung der Kranken und Alten möglich sein wird? Und ist
recht jemand in der Lage, zu behaupten, daß der zum
Kleinbauern und Landarbeiter nach Land be-
rufen kann, wie die alten Gutsbezirke, aus denen alle
halb der Bauerngemeinden bleiben, in denen alle
übrigen auch die Landarbeiter unabhängig und nicht
ihnen Bedarf an Siedlungsland annehmen und vertre-
tenden können?

Der Großgrundbesitz, welche Gefahr ihm aus
Gesetz droht, wenn es im Sinne des Gesetzgebers ausgeführt
wird. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß er sich
und systematisch alle Mägen des Gesetzes benutz, um
dessen Absichten zu entziehen. Er verfügt in der
tatsache, über genügend Einfluß, um dort eine starke Stütze
sei daher genannt. Dieses allein hat es in der Hand,
Veruche zu verhindern, das Gesetz in der Durchführung
umzubiegen. Es darf nicht durch das Gesetz die

Ueber „Berufskrankenkassen“

Die neue Form in der Krankenversicherung

Eine alte Forderung der maßgebenden Angestelltenorganisationen ist die Gleichberechtigung der standeseigenen Einrichtungen mit den gesetzlichen Trägern der Krankenversicherung. Nach dieser Richtung hin ist infolgedessen ein Erfolg zu verzeichnen, als der Gesetzgeber der Reichsarbeitsminister vorübergehend ermächtigt hat, unter bestimmten Voraussetzungen auf Antrag wirtschaftlicher Verbände von Arbeitnehmern sog. Ersatzkassen als Berufskrankenkassen zuzulassen. In den amtlichen Nachrichten der Reichsarbeitsminister, seit 1. hat der Reichsarbeitsminister namentlich das Verzeichnis der Berufskrankenkassen von Angestelltenorganisationen veröffentlicht, die zugelassen worden sind. Es sind insgesamt neun Kassen, darunter vier Neugründungen. Die anderen fünf Kassen bestanden bisher schon in der Eigenschaft von Ersatzkassen. Einige von ihnen haben bekanntlich eine außerordentliche Bedeutung unter den Angestellten-Krankenkassen gewonnen. Der Gewerkschaftsbund der Angestellten, der unter den veralteten gesetzlichen Vorschriften drei nach Verufen und Geschlechtern gegliederte Ersatzkassen vorführen mußte, konnte bei dieser neuen Regelung, seiner neuzeitlichen organisatorischen Form entsprechend, die Einheitskrankenkasse für männliche und weibliche Angestellte, Wermeister, Ledner und verwandte Berufe schaffen. Mit über 200.000 Stammmembern und mehr als 150.000 Familienangehörigen will die Berufskrankenkasse dieser großen Angestelltenorganisation in der neuen Form ihr Wirken für den deutschen Angestelltenstand fortsetzen.

Tarifabschluss im Versicherungsgewerbe

Am Dienstag ist zwischen dem Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen einerseits und den in Gewerkschaftsform zusammengeschlossenen Verbänden (Allgemeiner Verband der Versicherungsangestellten und Gewerkschaftsbund der Angestellten) andererseits für die Zeit vom 1. April 1928 bis 31. März 1929 der Gehalts- und Versicherungsbeitrag neu abgeschlossen worden. Die neu vereinbarten Gehaltsätze sehen eine allgemeine Erhöhung der Gehälter um 7/10 Proz. vor. Die übrigen geldlichen Leistungen (soziale Zulagen, Abfertigungs- und Sperrzulagen) sind ebenfalls erhöht worden. Damit ist die gegenwärtige Tarifbewegung, wie uns von den beiden genannten Verbänden mitgeteilt wird, im Versicherungsgewerbe endgültig abgeschlossen, weil durch diesen Tarifabschluss angeblich die weit überwiegende Mehrheit der Versicherungsangestellten erfüllt wird.

Auscheidung der Unfallversicherung

Dem Reichsrat und dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat liegt zurzeit eine Novelle zur Unfallversicherung vor, die eine Anzahl weiterer Verbesserungen dieser Versicherung unterbreiten will. Dem Vorstoß dazu hat die Regierung ihre Zustimmung gegeben. Der Reichsrat hat die Regierung über die Durchführung der internationalen Arbeitsschutzverträge und die Unfallversicherung im Hinblick auf die Verhältnisse der internationalen Arbeitsschutzverträge am 7. 12. 1927, die Unfallversicherung im Hinblick auf eine Reihe von Betrieben auszuweisen, wo es sich ohne grundsätzliche Veränderung der Versicherungsorganisation ermöglichen läßt, nämlich auf Feuerwehren, Kranarbeiten, Bühnenbetriebe und Laboratorien. Diesen Bereich entspricht der vorliegende Gesetzesentwurf. Allerdings verbindet er damit zwei weitere Vorstöße auf Erweiterung der Unfallversicherung: er will die Kautelenbestimmungen einziehen und will dem Schutze der Unfallversicherung auch Unfälle bei einer Lebenszeitsetzung unterstellen. Ferner verfehlt der Entwurf im allgemeinen Unfälle beim ungewöhnlichen Einsetzen des eigenen Lebens zur Rettung eines fremden Lebens.

Politische Notizen

Von der preussischen Verwaltungsreform.

Wie man weiß, ist es in dem jetzt zur Rille gehenden Preussischen Landtag nicht möglich gewesen, eine Reform der Städte- und der Landgemeinverordnungen zu verabschieden; nur das Grundgesetz einer Landgemeinverordnung, im wesentlichen die Aufhebung der Gutsbezirke enthaltend, ist zustande gekommen. Die Pläne für eine preussische Verwaltungsreform, zunächst für eine Reform der Selbstverwaltung, sind aber dadurch keineswegs bis auf weiteres erledigt. Wie der „Demokratische Zeitungsdienst“ erzählt, werden vielmehr die Arbeiten zur Fertigstellung der Gesetzesentwürfe einer neuen Landgemeinverordnung, Städteordnung, Kreisordnung und Provinzialordnung im Preussischen Innenministerium demnächst in Angriff genommen.

Nein Anschluß Albeds an Preußen.

Zur Frage des Anschlusses des Fürstentums Lübeck, eines vollständig zu Ostpreußen, geographisch zu Schleswig-Holstein gehörigen Gebietsteils, an den preussischen Staat hat jüngst auch die für das Fürstentum zuständige Handelskammer in Cutzin, und zwar in vereinigtem Sinne, Stellung genommen. Es ist nicht uninteressant, die Gründe für die Ablehnung kennenzulernen. Danach lehnt die Handelskammer einstimmig, „in Anbetracht der einfachen und billigen Verwaltung und der geordneten Finanzlage des Fürstentums, im Vertrauen auf die in ihnen entzogenen Staatsgütern, in seiner geographischen Lage und landschaftlichen Schönheit und in seiner wirtschaftlich heftigsten und materiellen Werte einen staatlichen Anschluß an ein anderes Land ab, von dem keinerlei wirtschaftliche Vorteile, sondern lediglich eine stärkere Belastung der Wirtschaft zu erwarten ist.“

Deutsche Volkspartei und Schulgesetz.

Angeichts der bevorstehenden Reichstagswahlen hat die Deutsche Volkspartei das Bestreben, sich unter Vertretung ihrer Haltung gegenüber dem Schulgesetzentwurf als die wahre Hüterin des Liberalismus hinzustellen, die es daher auch verdienen, die Stimmen aller Liberalen bei der kommenden Wahl auf sich zu vereinigen. Der Führer

der volksparteilichen Reichstagsfraktion, Abgeordneter Dr. Scholz, hat neulich in einer Rede in Königsberg i. Pr. Ausführungen über das Schulgesetz gemacht, die ebenjotig von einem Demotraten hätten gesprochen sein können. Das ist sehr erfreulich, darf aber nicht hindern, festzustellen, daß die belohnende Beziehung des Liberalismus durch die Deutsche Volkspartei beim Schulgesetz zum größten Teil nur eine Legende ist, und daß die Vertretung des Liberalismus durch die Abgeordneten der Deutschen Volkspartei im Bildungsausschuß durchaus eines klaren Zieles entbehrte. Wie schwankend die Partei war, das bezeugt auch ein Parlamentarier, der Gelegenheit hatte, die Dinge im Reichstage aus allenärtlicher Nähe zu sehen, der demokratische Abgeordnete Professor Dr. Walter Goez. In den Betrachtungen über die Kulturaufgaben des Liberalismus, die er in der „Neuen Leipziger Zeitung“ anstellt, schreibt er: „Das Schulgesetz bot die Probe auf die Haltung der sogenannten Gelehrten — ohne die Volkspartei, ohne die demokratischen Kreise wäre die Schule vor neuer Umfassung durch die Kirche kaum zu retten gewesen. Ein hervorragendes Mitglied der alten National-liberalen Partei stellte den Antrag, die sächsische Gemeindefachschule (die doch den obligatorischen Religionsunterricht beibehält) zurückzuverwandeln in die konfessionelle Schule! Ist das nicht ein Zeichen der Zeit? Warum verbanderte die Deutsche Volkspartei diesen Antrag nicht, obwohl sie sich noch andererseits für die Erhaltung der Gemeindefachschule in Baden und Hessen einsetzte? Bedurfte es nicht harter Anstrengungen der liberalen Gelehrten in der Deutschen Volkspartei, damit nicht als letzte Stellung preisgegeben wurde? War die Verhandlung des Schulgesetzes seit 1922 miterlebt, konnte sich der Sorge nicht erwehren, daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei den Zusammenhang mit den Schuldeuten der National-liberalen Partei völlig verloren hatten.“

Die erste Frau im Reichsarbeitsgericht.

In einer der letzten Sitzungen des Reichsarbeitsgerichtes am 15. Februar hat zum ersten Male eine Frau, die Vorsitzende des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten Frau Katharina Müller, als Reichsarbeitsrichterin mitgewirkt. Eine erwähnenswerte Tatsache aus dem Bereich des Reichsgerichtes Frauen weder als Richter, noch als Vertreterin aufgetreten sind.

Wissenswerte Zahlen aus der Landwirtschaft.

Die Erzeugung von Milch in der deutschen Landwirtschaft hat den Wert von rund 4,1 Milliarden Mark im Jahre 1927 und überstieg damit den Wert der gesamten deutschen Steinbohlenförderung beträchtlich.

Der Wert der eingetragenen Maschinen und Mandarinen (im Jahre 1927 58,6 Millionen Mark) entsprach nahezu dem Werte der Zufuhr in Verbrauchsmaschinen und Explosionsmotoren einschließlich der Dampfmaschinen (1927 61,5 Millionen Mark).

Die fremdländische Eiereinfuhr im Jahre 1927 hatte einen Wert von 252 Mill. Mk. und erreichte damit nahezu den Wert der Zufuhr der deutschen Farbwarenindustrie von 1926 (264 Mill. Mk.).

Unser Handelsbilanz ist mit ungefähren demjenigen Betrage passiv der der Einfuhr an Lebensmitteln und Getränken (1927 für 4,35 Milliarden Mark) entspricht.

Deutschnationale und vierteljährliche Gehaltszahlungen.

Den Deutschnationalen ist es sehr peinlich, daß im kommenden Reichstagswahlkampf von den anderen Parteien darauf hingewiesen werden wird, daß die Deutschnationale Volkspartei, die angebliche Stütze des Berufsbeamten-tums, im Zusammenhang mit der Besoldungsreform den gesetzlichen Anspruch der Beamten auf Einführung der Vierteljahrszahlungen einfach preisgegeben hat. Deshalb gefallen sie sich jetzt mit einem Male wieder in der Rolle der Vertreter dieser Einrichtung. Freilich geht das nicht ohne kleine Enttarnung der Tatsachen ab. So wird in der „Deutschnationalen Korrespondenz“ behauptet, daß die Demotraten gegen die vierteljährlichen Gehaltszahlungen gestimmt hätten. Das ist unklar, vielmehr handelt es sich um folgendes: Es muß unterchieden werden zwischen gesetzlichen Anspruch und Wiedereinführung der Vierteljahrszahlungen. Die Wiedereinführung hängt von dem Vorhandensein der Mittel ab; solange diese nicht vorhanden sind, kann das Gehalt auch nicht in Vierteljahrsraten im voraus gezahlt werden. Trotzdem bleibt auch dann der gesetzliche Anspruch als wohlverworfenes Recht bestehen. Dieses wohlverworfene Recht aber haben die Regierungsparteien und mit ihnen die Deutschnationalen in dem neuen Besoldungsgesetz beseitigt, während sich die Demotraten für die Erhaltung dieses Rechtes ausgesprochen haben. Ueber diese Tatsache kann keine noch so hässliche Glostrophierung hinwegtäuschen.

Für die Angestellten der Provinzialverwaltung.

Die deutsch-demokratische Fraktion des Brandenburger Provinziallandtages hat jedoch im Interesse der Angestellten der Provinzialverwaltung einen Antrag eingebracht, der die Fragen der Entlassung, der Pensionierung und der Gehaltsanpassung in Betracht zieht. Danach sollen Dauerangestellte nach zehnjähriger Dienstzeit nur aus einem wichtigen Grund entlassen werden dürfen; ein wichtiger Entlassungsgrund vorliegt, darüber beschließt in jedem Einzelfalle der Provinzialausschuß. Ferner wird der Provinzialausschuß ermächtigt, dem Provinziallandtage bei der nächsten Einberufung eine Vorlage über Einführung einer Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung zu unterbreiten. Endlich wird der Provinzialausschuß ermächtigt, mit den Angestelltenorganisationen in Verbindung zu treten zwecks Abschluß eines Tarifvertrages, in welchem vor allem der Gehaltsanspruch der Angestellten in Betracht zu ziehen ist.

Eine japanische Braut liefert die erhaltenen Hochzeitsegensprüche ihren Eltern ab, als eine kleine Entschädigung für die Mühe und Kosten, die diese für ihre Erziehung gehabt haben.

Demokratische Beamtentagung

Am Montag trat der Reichsverband des Reichsbeamten der Deutschen Demokratischen Parteien in Berlin zusammen, um über staatsdienliche und die zukünftige Beamtentätigkeit der Deutschen Demokratischen Parteien zu beraten. An den Beratungen, die von Reichsbeamten Bernhard Vogt geleitet wurden, nahm als Vertreter der Reichstagsfraktion auch des Reichsverbandes Abgeordneter Creizenfeld teil. Die aus allen Teilen des Reiches besichtigte Sitzung nahm folgende Entschlüsse an: „Der Reichsverband des Reichsbeamten der Deutschen Demokratischen Parteien dankt der Deutschen Demokratischen Reichstagsfraktion für ihre Verfaßten bei der Beratung des Besoldungsgesetzes. Da das neue Gesetz leider Besoldungssteigerungen rechtlicher und materieller Natur mit sich gebracht hat, erwarb er der Reichsfraktion, daß die Deutsche Demokratische Reichstagsfraktion und ihrer demokratischen Reichstagsfraktion als ein solches, diese Besoldungssteigerungen, sobald als möglich zu beseitigen. Er bittet sie besonders, ihren Kampf um die Erhaltung des Berufsbeamtentums auf den Reichstagsfraktion Grundtagen im Interesse des Staatswohles und der Beamtenschaft mit unverminderter Kraft weiterzuführen.“

Die Demokraten verlangen höhere Liquidationsentschädigungen

Hamburg, 23. Februar. In einer nach beschiebener Wahlversammlung der Deutschen Demokratischen Partei in Har-

Bezirk Halle

Halle, Sonntag, dem 11. März, wird in Halle der diesjährige orientliche

Wahlkreispartei

stattfinden. Besondere Einladungen mit Bekanntgabe der Tagesordnung, des Sitzungsorts usw. sind inzwischen allen kreisweisen Vorständen zur Wahl ihrer Vertreter und auch den Vorständen aller Ortsgruppen zur Kenntnisnahme zugegangen. Der Wahlkreispartei wird über die Annahme der Partei für den Wahlkampf und insbesondere auch über die Kandidatenlisten Beschlüsse zu fassen haben.

Halle. Den Vorständen sämtlicher Kreisvereine und den Vorständen der Ortsgruppen innerhalb unseres Wahlkreisverbandes sind Rundschreiben über die Kreisparteitags- und Kreisparteiwahl sowie über die Abhaltung der Kreispartei vom 18. bis 25. März und über die rechtzeitige Anmeldung etwaiger Wünsche nach Niederschlagung. Die betreffenden Vorstände werden um Beachtung dieser Rundschreiben dringend gebeten.

Eine Partei der vernünftigen Leute!

Halle. In einem von der Deutschen Volkspartei in Halle kürzlich herausgegebenen Flugblatt heißt es die Forderung auf: „Wir brauchen eine Partei der vernünftigen Leute.“ Und im Anschluß daran heißt es sich dann selbst gleich das Zeugnis aus, daß diese Partei der vernünftigen Leute die D. D. P. ist.

Es ist zweifellos sehr vernünftig von der D. D. P. einzusehen, daß auch in der Politik nicht die Lehren regieren darf, vielmehr die Vernunft zu ihrem Recht kommen muß. Aber die Umdeutung macht die D. D. P. reichlich spät und anschließend nur unter dem Zwang der Entscheidung der politischen Verantwortlichen dem auf dem außenpolitischen Gebiet ist von der D. D. P. zweifellos erst seit dem Augenblick an die Spitze gestellt worden, als der Führer Stresemann als deutscher Außenminister das Wort der Vernunft und Ratensinn eingeleitet. Verhandlungspolitik übernahm und gewalttätigen als Lehrenspolitik übernahm die eben Wege einschlug, die vorher er selbst nie auch die geachtete D. D. P. auf das hartnäckigste bekämpft und als ungeeignet, sogar als würdelos bezeichnet hatten.

Und in der Innenpolitik muß man die D. D. P. zunächst daran erinnern, daß sie noch am 25. März 1926 im Reichstagen Landtag für den kommunikativen Mißtrauensantrag, der sich insbesondere gegen die loyalkooperativen Haltung der Reichsregierung - also gegen die Politik des eigenen Volksparteitenden Führers Stresemann - wandte, gestimmt hat. War das ein Zeichen von Vernunft? Auch im Jahre vorher hatte sie im Reichstagen Landtag einen Mißtrauensantrag der Kommunisten zugestimmt und die vernünftige Haltung sprach der Parteiführung u. a. sogar es gab das Mißtrauen aus, weil sie die Privatisierung staatslicher und kommunaler Betriebe gefordert und damit kommunistischer Tendenzen entgegen gehandelt habe. - Auch in die ein Verhalten der D. D. P. lag nicht ein Körnchen politischer Vernunft.

Wie die Tatsachen aber sind nur ein kleiner Ausschnitt aus einer ganzen Reihe von Fällen, in denen die D. D. P. klüger die Vernunft auf den Kopf gestellt hat. Oder ist ihre Ablehnung und endlose Einausschiebung des Verwaltungsverordnungsgesetzes auf der einen, ihre vier und sieben Verordnungen an die Rentner aber auf der anderen Seite, anders zu bewerten? Ihrer bisherigen Einstellung entsprechend, machte die D. D. P. ja auch das mit, was in der deutschen internationalen Agitation in dem hiesigen Wort vom „Sattlergeleien“ Ebert und in dem Versuch niedriger Angriffe gegen den ersten Reichspräsidenten am Abend kam. Ebenso hat auch im Kapp-Zug die D. D. P. eine wenig räuberische Rolle gespielt.

Das soll uns aber nicht hindern, die aufstrebend bevorstehende Verbesserung in der D. D. P., insofern sie künftig vernünftige Politik treiben will, zu begünstigen. Daß sie heute sich aber schon selbst das Zeugnis ausstellen darf, die Partei der vernünftigen Leute zu sein, die Berechtigung dazu muß sie erst beweisen.

burg erklärte der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Reichenow zum Liquidationsbeschlusse, eine Umwertung von 20 bis 25 Prozent sei notwendig. Das von der Regierung vorgeschlagene Schlußgesetz, das nur etwa 50 Prozent davon beträgt, werde die Zustimmung der Demokraten nicht finden. In des Bewußtseins eine Zustimmung aufgenommen werden, die nach einer Nachschätzung in der selben Höhe vorliege. Die Demokraten würden entsprechende Vorschläge stellen.

Schalt gut: Hand-Überträge!

Der frühere demokratische Reichsfinanzminister, Abgeordneter Dr. Kälig, knüpft in einem Artikel über die deutsche Wirtschaft an eine Betrachtung der Aktien der deutschen Handelsbank folgende Warnung: „Die deutsche Wirtschaft und Handelsbank! hat nach wie vor zögernden Anlauf, sich in den Dienst einer nachfolgenden Förderung der Wirtschaft zu stellen. Mit der Förderung nach Berücksichtigung der Produktion durch Nationalisierung des Produktionsbereichs oder durch Beweissung der Höhe und sozialen Nutzen kommt man allein dem Problem nicht bei. Praktisch zu haben wären der Wirtschaft und den Warenproduzenten bestimmte Maßnahmen. Aber sie sind für die einzelnen Wirtschaftsbereiche kaum vorstellbar und sind überdies wieder durch andere wirtschaftliche Vorgänge beeinflusst, nicht nur durch den Kapitalmarkt, Kreditmarkt, und Diskontopolitik hingewiesen. Das primäre Gebot bleibt immer, durch angemessene und langfristige Handels-

Rundgebung der Kreise Liebenwerda, Torgau, Schweinitz

Halle. Am Sonntag, dem 23. Febr., versammelten sich zahlreiche Vertreter der Kreise Liebenwerda, Torgau und Schweinitz in Halle zu einem Kreisparteitag. Die Verhandlungen, in denen Geschäftsführer Dornblüth über die kommenden Wahlen und über Organisationsfragen referierte, begannen kurz nach 11 Uhr vormittags. Gegen Schluß der Beratungen hatten die Erschienenen die Freude, Herrn Staatsminister Dr. Schreiber und einige Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes aus Halle begrüßen zu können. In einer Ansprache ging der Minister auf die Bedeutung der bevorstehenden Wahlen ein und betonte auch die für den Kreis Liebenwerda besonders wichtigen Vorschläge der Elfter-Regulierung, für die er selbst und das preussische Kabinett in völliger Übereinstimmung eingetreten sei. Nachmittags 3 Uhr fand im großen Saal des „Preussischen Hofes“ unter Leitung des Vorsitzenden der Halleberger Ortsgruppe, Herr Wunderrlich, eine

große öffentliche Rundgebung

statt. In einem Rundblick über die politische Lage und über ihre Auswirkung für die kommenden Wahlen erging zunächst, von der stark besetzten Versammlung lebhaft begrüßt, Minister Dr. Schreiber das Wort. Bei ihrem Austritt habe die ausnahmsweise Regierung versprochen, daß nunmehr alles besser werden solle. Erreicht sei dagegen so gut wie nichts, und man sehe heute auch in weitesten Kreisen des deutschen Volkes ein, daß sich

in den Fragen der Außenpolitik

mit einer Rechtsregierung, in der besonders die Deutschenationalen mit über wichtigen Ministerposten vertreten seien, nichts erreichen lasse. Nationale Politik treiben, heißt eben unter Wehr von der Waise einer Gewaltpolitik das heranzuziehen, was mit dem gegebenen Mittel und unter den gegebenen Verhältnissen heranzuziehen möglich sei. Frühere Maßnahmen habe die Deutschenationalen Volkswirtschaft vielfach mit dem Wagnis an Vergangenes und mit Gehalten der verlassenen Monarchie bestritten. Heute dürfe man die angeblich so fortschrittliche Deutschenationalen Volkspartei fähig daran erkennen, daß ihr Führer Graf Westphal sich den Antrag als erster unterzeichnet und im deutschen Reichstage eingebracht habe, der dem einstmaligen

Kaiser die Rückkehr nach Deutschland verleiht.

Ohne einen klaren und verfassungsmäßigen Staatsaufbau lasse sich auch ein Aufbau der Wirtschaft nicht ermöglichen. Verneinung heute auf die unklare Lage der Landwirtschaft, so müsse man daran erkennen, daß diese Aufgabe nach einem Jahr des Regierens eines deutschen Nationalen Landwirtschaftsministers im Reich eingetreten sei. Falls sei die Methode, durch hohe Zölle die Preise der landwirtschaftlichen Produkte heute zu stellen, da sich damit gleichlaufend die Kaufkraftminderungen der Konsumenten im Inlande verringere. Eine richtig betriebene Politik müsse vielmehr bestrebt sein, durch entsprechende Maßnahmen auch für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse

den Kaufman der breiten Massen zu heben.

Kommen müsse in einem neuen und anders zusammengelegten Reichstage die Berechtigung der Deutschenationalen und einer auf Sparanzicht begründeten Verwaltungsreform. Geradezu absurd fiel gegenüber dem wichtigen Problem das Verhalten der angeblichen Wirtschaftspartei, die kürzlich im Reichstage für die weitere Aufrechterhaltung einer Reichsgesandtschaft in München gestimmt habe. In der Schlußfrage müsse das deutsche Volk vor einer Zerlegung nach professioneller Einteilung bewahrt bleiben. Die Weltlage lasse man fleißig, aber deutsche Beschlüsse dürfe man nicht unter professioneller Berücksichtigung an andere Jüngling bringen.

Wir rufen die deutsche Jugend!

Wir rufen alle deutschen Männer und Frauen, die mit uns sind, mit uns deutschen Demokraten positive nationale Arbeit zu leisten! Das war der Aufruf der von langanhaltendem Beifall begleiteten Worte des Ministers. Hierauf nahm als zweiter Redner Landtagsabgeordneter Professor Dr. Kähler des Beschlusses das Wort. Professor Kähler ist Mitglied des Geschäftigen Einzelhandels, mit einem lebenswichtigen Gliede der deutschen Wirtschaft also eng verbunden. Sein Thema war

Wahl im Wirtschaft.

Und kann, nachdem er an das Rednerpult getreten,

betriebe der Industrie den Weg zu ebnen. Die deutsche Produktion würde keinen Absatz finden, wenn den anderen Ländern eine prohibitive Zollpolitik den Eingang verberbt, während andererseits eine auf den entsprechenden Handelsverträgen auf lange Zeit hinponierende deutsche Wirtschaft ihre Produktion zu verzer und dadurch auch noch weitere gefahren kann.

Bürgermeister Meyer, der auf dem bekannten von Hans Solbert (Madonna des Bürgermeisters) porträtiert war, wurde von seinem Mitbürger besetzt.

Bildfunk

Wie lange wird es doch dauern, bis in jedem Heim heute ein Radio-Empfänger, auch der Bildfunk Apparat, der durch drahtlose Bild-Übertragung erst die technische Vervollständigung des Rundfunks bringt! Über alle Schritte auf diesem Gebiet wie auch über viele andere interessante Dinge erzählt jedem verständlich größte Funkzeitschrift „DER DEUTSCHE RUNDFUNK“ überdies allwöchentlich sämtliche ausführliche Programme aller in- und ausländischen Sender bei Einzelheit 50 Pf., Monatsbetrag RM 2.-. Man bestell' am besten beim Po oder bei einer Buchhandlung. Froebelstr. 20, unterm vom Verlag, Berlin.

hatte er auch die Aufmerksamkeit der gesamten Bevölkerung für seine Worte gewonnen. Die unmissbare Verbindung zwischen Politik und Wirtschaft auf allen Ecken, das Zueinandergehen aller Berufe und die Abhängigkeit einer gesellschaftlichen Wirtschaft von der Wirtschaft und Geschäftstätigkeit aller Volkswirtschaften in überzeugender Form und Gestalt vor den Augen der Zuhörer vernahm dabei Prof. Kähler auf den Zug einer sogenannten Wirtschaftspartei, wenn sie gleich dem Parlamenten jegliche Vorlage nur unter dem Vorbehalt von Wirtschaftfragen behelfen zu können sich dadurch unter dem unmisslichen

Druck gegeneinander drängender Interessen

zerreibe, aufeinanderlasse und zur Einfühlungslosigkeit urteile.

Herr Prof. Kähler mit seiner Lebensweisheit und der schon das Ohr der Versammlung, so wurde der Eindruck noch durch die Gabe eines erfrischenden Jutesaftes ihm eigen, verfiert.

Die Deutsche Demokratische Partei kann die in Liebenberg abgehaltene Rundgebung als einen guten Cluben.

Querschnitt, Dienstag, dem 6. März, abends 8

in Halle zur Monatsversammlung, Damen. Geschäftsführer Dornblüth sprach über die politische Lage und Bedeutung der Wahlen. Die Organisationsfragen.

Weissenfels, Am Sonntag, dem 26. 2. fand in Weissenfels der Kreisparteitag statt, der sich in der Halle

statt fand. Die so wichtigen organisatorischen Beschlüsse der Wahl besaß. Als 1. Vorsitzender wurde Herr Dr. Schneider einstimmig gewählt; der hiesige Kreisführer Schönteufel und Wagner niedriger. Die Verammlung gab ein erfreuliches Bild dem politischen Kampfsinns. Eine große öffentliche Rundgebung geplant. Herr Studententrat Hof Hof gab den Parteimitgliedern ein gutes Bild von der kommenden Wahlen. Die Partei muß sich für die Nation und nicht für eine Gruppe oder die Dynastie einsetzen. Wir sind Verfassungsnationale Partei mit großen Zielen, mit denen wir in den Hintergrund treten brauchen. Wir wollen im Parteimitglied sein jeder Gelegenheit offen als Demokraten treten, auch auf die Gefahr hin, dafür einmal ein unerkennliches Wort einzulegen. Der Verlauf der Dinge bedarf Gewähr dafür, daß man im Kreis Weissenfels die Vorbereitungen für den Wahlkampf energisch in Hand nimmt.

Ein mannhaftes Verhalten.

Weissenfels. Zur Feier des fünfzigjährigen Bestehens der Landwirtschaftlichen Vereines in Jorba u. bei Weissenfels wurde der Landrat des Kreises Weissenfels laden. Als politischer Beamter machte er für seine Zeitgenossen eine Stellung, daß, wenn gefasst wurde, der bevorgungter Stelle die Reichs ohne gezeigt werden. Das ver sprach man ihm, und hielt das Verprechen, daß bei der Eröffnung seine Schwarz-rot-goldene Fahne aber auch keine andere Fregge zu sehen war.

Im Verlauf der Verammlung überbrachte dann Vertreter der Landwirtschaftskammer ein Herr Weissenfels aus Halle die Grüße der Landwirtschaftskammer und ihres Präsidenten. Er verteilte wertvolle Auszeichnungen und hielt dann eine Rede, in der u. a. ausfuhr, daß vor 1918 eine staatliche Ordnung gegeben habe, die „glorreichen“ Revolution hätten wir aber keine politische Ordnung mehr. Das müsse klar erkannt werden, daran ändern auch alle schönen Reden gewisser hiesiger Vertreter nichts. Auf diese Provokation hin ließ der Landrat das Fest und mit ihm gingen Gemeinderäte und Lehrer. Raum hatten die Herren die angeordnete Veranstaltung verlassen, so ließ auch prompt Schwarz-rot-goldene Fahne.

Man kann nur wünschen, daß Beamte und Gemeinderäte der Republik immer so eindeutig ihre Mann zum Ausdruck bringen, wie es in diesem Falle geschah.

Verantwortlich Johannes Dornblüth, Halle. Druck: Buchdruckerei Weniger & Co., G. m. b. H., Leipzig, Poststraße 9.

